

Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald



NIEDERSCHRIFT

der 35. Sitzung des Kreistages am 23.10.2013 im großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Teilnehmer:

Loge, Stephan	Landrat	
Böhme, Doreen	SPD	anwesend ab 16:25 Uhr, TOP 2.1
Dr. Deutschländer, Adolf	DIE LINKE	anwesend bis 18:00 Uhr, Pause
Donath, Helmut	UBL-GRÜNE/B 90	
Ernst, Siegfried	CDU	
Haverlandt, Sven-Gunnar	fraktionsloser Abgeordneter (NPD)	
Knuffke, Frank	fraktionsloser Abgeordneter (NPD)	anwesend ab 16:50 Uhr, TOP 2.2
Knuth, Dirk	CDU	anwesend ab 16:25 Uhr, TOP 2.1
Kolan, Lars	SPD	
Kolberg, Joachim	CDU	
Krause, Lutz	UBL-GRÜNE/B 90	
Krüger, Reinhard	DIE LINKE	
Dr. Kuttner, Michael	CDU	
Laubisch, Hartmut	SPD	
Lausch, Angela	DIE LINKE	
Lehmann, Sylvia	SPD	
Linke, Hartmut	SPD	
Luban, Klaus	FDP	
Luchmann, Wolfgang	SPD	
Meißner, Herbert	SPD	
Mertner, Jürgen	SPD	
Müller, Gert	DIE LINKE	
Müller, Heidemarie	DIE LINKE	
Peter, Sabine	UBL-GRÜNE/B 90	
Dr. Pfannenschwarz, Karl	DIE LINKE	
Pillat, Renate	Bauern/Pro Schönefeld	
Dr. von Platen, Sabine	CDU	
Rubenbauer, Kerstin	DIE LINKE	
Scheetz, Ludwig	SPD	anwesend ab 16:10 Uhr, TOP 2.1
Scheiner, Susanne	CDU	anwesend bis 19:00 Uhr, TOP 8
Schluricke, Andreas	SPD	
Schmidt, Norbert	CDU	
Schulze, Olaf	CDU	
Dr. Schönfelder, Inis	CDU	anwesend ab 17:55 Uhr, TOP 4.4
Seelig, Robert	DIE LINKE	
Selbitz, Frank	UBL-GRÜNE/B 90	
Dr. Sternagel, Manfred	SPD	
Terno, Heiko	Bauern/Pro Schönefeld	anwesend bis 19:00 Uhr, TOP 8
Thalheim, Michael	fraktionsloser Abgeordneter (NPD)	
Tomczak, Raimund	FDP	anwesend ab 16:30 Uhr, TOP 2.1
Tölpe, Uta	SPD	

Uhlworm, Birgit	UBL-GRÜNE/B 90	
Wedekind, Hartmut	CDU	
Wenzel, Reinhard	SPD	anwesend ab 16:10 Uhr, TOP 2.1
Dr. Wunderlich, Günter	DIE LINKE	
Zittlau, Norbert	Bauern/Pro Schönefeld	

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Binienda, Peer	stellv. Amtsleiter Rechtsamt
Brieger, Andrea	Sachbearbeiterin Büro Kreistag
Degenhardt, Marion	Dezernentin für kommunale Angelegenheiten und inneren Dienstbetrieb
Ehm, Carla	Sachbearbeiterin Büro Kreistag
Enders, Silvia	Amtsleiterin Ordnungsamt
Hartfelder, Manfred	Amtsleiter Straßenverkehrsamt
Karnapke, Marlies	Schriftführerin
Klein, Stefan	Amtsleiter Kämmerei und Kreiskasse
Klinkmüller, Carl-Heinz	Erster Beigeordneter und Dezernent für Planung, Bauwesen und Umwelt
Köhler, Carola	Bereichsleiterin wirtschaftliche Beteiligungen und Tourismus
Krägel, Sybille	amtierende Leiterin Büro Kreistag
Lehmann, Harald	Amtsleiter Sozialamt
Licht, Dietmar	Amtsleiter Zentrales Gebäude- und Immobilienmanagement (GIM)
Nagel, Alexander	Amtsleiter Amt für Personal, Organisation und Service
Saß, Carsten	Beigeordneter und Dezernent für Bildung, Kultur, Jugend, Gesundheit und Soziales
Schaaf, Heidrun	Pressestelle
Schrager, Jörg	Amtsleiter Amt für Kreisentwicklung und Denkmalschutz
Schrager, Karin	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Voigt, Elke	Gleichstellungsbeauftragte

Entschuldigt waren:

Eisenhammer, Martina	DIE LINKE
Fischer, Tina	SPD
Helbig, Alexander	DIE LINKE
Hentze, Michael	FDP
Reif, Jonas	UBL-GRÜNE/B 90
Reimann, Michael	fraktionsloser Abgeordneter
Richter, Helmut	Bauern/Pro Schönefeld
Rothe, Ursula	DIE LINKE
Urspruch, Hans-Ulrich	FDP
Wahl, Steffen	CDU
Wille, Martin	SPD

Gäste:

Gelhaar-Heider, Ilka	stellv. stimmberechtigtes Mitglied Jugendhilfeausschuss
Jurisch, Stefan	Jusos BRB
Lehmann, Gerd-Peter	Geschäftsführer Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH
Nienhuisen, Andrea	MBT Brandenburg
Dr. Pfannenschwarz, Werngard	Gemeindevertreterin Heidesee
Richter, Sven	Bürger
Rieger, Andreas	B 90/GRÜNE
Stohn, Erik	Jusos BRB
Wallstein, Maja	Jusos BRB
Witkiewicz, Silke	Sachgebietsleiterin Sozialamt
Vertreter der Presse und Zuhörer für den öffentlichen Teil	

TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil:

- 1. Zur Geschäftsordnung**
 - 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.2 zur Tagesordnung
 - 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung
- 2. Aktuelle Stunde**
 - 2.1 Bericht des Landrates
 - 2.2 Anfragen der Abgeordneten
- 3. Einwohnerfragestunde** (Aufruf des Tagesordnungspunktes ca. 17.00 Uhr)
- 4. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreistag**
 - 4.1 Bestätigung der wirtschaftlichen Betätigungen in Bezug auf deren Erforderlichkeit (öffentliches Interesse) für die Nachweisführung im Beteiligungsbericht 2012 2013/083
 - 4.2 Kommunalwahlen am 25.05.2014 2013/107
hier: Berufung der Kreiswahlleiterin und ihres Stellvertreters für das Wahlgebiet Landkreis Dahme-Spreewald
 - 4.3 Ermächtigung des Landrates zum Abschluss von Miet- und Betreiberverträgen für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen 2013/110
 - 4.4 Petition der Gemeinde Heideblick gegen den Ausbau der Bahnstrecke Berlin - Dresden für Tempo 200 km/h 2013/067
hier: erneute Befassung aufgrund der Beanstandung vom 18.09.2013 gem. § 55 BbgKVerf
 - 4.5 Beschluss des geprüften Jahresabschlusses 2012 und Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2012 2013/106
- 5. Anträge von Fraktionen, Ausschüssen oder Mitgliedern des Kreistages**
 - 5.1 Schreiben an Frau Ministerin Tack zur Unterschützstellung der Rieselfelder Ragow - Deutsch Wusterhausen und Boddinsfelde 2013/081
 - 5.2 Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 zur zukünftigen Darstellung des Landkreises Dahme-Spreewald als demenzfreundlicher Landkreis 2013/092
- 6. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge**
- 7. Informationsvorlagen**
 - 7.1 Bericht über die Überörtliche Prüfung der Gebühreneinnahmen für Amtshandlungen im Bereich der Fleischhygiene im Landkreis Dahme-Spreewald 2013/100
 - 7.2 Prüfvermerk des Kommunalen Prüfungsamtes des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg zur überörtlichen Prüfung des Rettungswesens im Landkreis Dahme-Spreewald 2013/095
 - 7.3 Beiträge zur Kreisentwicklung Nr. 15 2013/102
Statistische Daten des Landkreises Dahme-Spreewald
- 8. Verschiedenes**

II. Nichtöffentlicher Teil:

9. Zur Geschäftsordnung

9.1 zur Tagesordnung

9.2 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

10. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

11. Verschiedenes

Die Vorsitzende des Kreistages, **Frau Tölpe**, eröffnet die 35. Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Zur Geschäftsordnung

TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Tölpe stellt fest, dass der Kreistag form- und fristgerecht einberufen wurde. Von 57 Kreistagsmitgliedern sind zurzeit 39 anwesend. Damit ist der Kreistag beschlussfähig.

Sollte ein Begehren nach Bild- und/oder Tonaufzeichnungen bestehen, müsse der Kreistag darüber abstimmen.

TOP 1.2 zur Tagesordnung

Schriftliche Hinweise, Ergänzungen oder Anregungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Herr Haverlandt beantragt, den Tagesordnungspunkt 4.3 *Ermächtigung des Landrates zum Abschluss von Miet- und Betreiberverträgen für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen*, Vorl. 2013/110, in den nächsten Kreistag zu verschieben. Die Beschlussvorlage liege erst heute vor und weder die Kreistagsabgeordneten noch die Einwohner konnten sich im Vorfeld der heutigen Sitzung damit befassen. Das sei seiner Meinung nach ein Verstoß gegen die Kommunalverfassung.

Frau Tölpe weist darauf hin, dass die Vorlage im Ratsinformationssystem für alle Abgeordneten einsehbar war. Für die Öffentlichkeit liege sie heute im Regal am Eingang des Sitzungssaales aus.

Herr Haverlandt räumt ein, dass die Vorlage jetzt im Ratsinformationssystem einsehbar sei. Als er am Montag nachgeschaut hatte, war sie jedoch noch nicht eingestellt.

In der Veröffentlichung der Tagesordnung stehe auch, dass die Vorlagen des öffentlichen Teils in den Verwaltungsgebäuden des Landkreises zur Einsichtnahme für die Bürger ausliegen. Da war diese Vorlage aber auch nicht dabei.

Wenn sie heute hier im Raum ausliegt, konnte sich ein Einwohner aus Pätz nur sehr wenig damit befassen. Das bedeute, dass die Öffentlichkeit nicht gegeben war.

Herr Dr. Kuttner ist gegen diesen Antrag. Er sehe keine Probleme, den Tagesordnungspunkt heute zu behandeln.

Frau Tölpe fragt die Verwaltung als Einreicher der Vorlage, ob dringender Handlungsbedarf besteht.

Landrat Loge erklärt, dass die Verhandlungen mit dem Vermieter und Betreiber erst in der vergangenen Woche abgeschlossen wurden, so dass eine ausführliche Vorlage ehestens zum Wochenende aufbereitet werden konnte. Es bestehe Handlungsbedarf, denn in Waßmannsdorf gebe es wegen der geplanten Sanierungsmaßnahmen keine Möglichkeit mehr, den aktuellen Zuweisungszahlen zu entsprechen. Insofern müssen kurzfristig weitere Kapazitäten erschlossen werden. Deshalb wäre die Ermächtigung dringend.

Abstimmung über die Behandlung der Vorlage Nr. 2013/110 unter dem Tagesordnungspunkt 4.3: - bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich bestätigt -

Weitere Hinweise, Ergänzungen oder Anregungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Abarbeitung erfolgt in der vorliegenden Fassung.

TOP 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

Zur Niederschrift der Sitzung vom 04.09.2013 liegen keine schriftlichen oder mündlichen Einwendungen vor. Sie gilt damit als anerkannt.

TOP 2. Aktuelle Stunde

TOP 2.1 Bericht des Landrates

„Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, werte Gäste,

heute Vormittag fand die 8. Leichhardt-Konferenz in Goyatz statt, die unter dem Zeichen des 200. Geburtstages von Ludwig Leichhardt stand. Anwesend waren Australiens Botschafter Peter Tesch, Prof. Dr. Danckert, Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, Kreistagsabgeordnete und Vertreter aus der Region, die sich in den vergangenen Jahren mit der Geschichte von Ludwig Leichhardt befasst haben und intensive Kontakte zu Forschern und zur Bevölkerung in Australien geknüpft haben. Eine Video-Direktschaltung zu einem zur selben Zeit stattfindenden Wissenschaftssymposium zu Ludwig Leichhardt an der University of Queensland in Brisbane eröffnete die Möglichkeit, einen Dialog zu führen.

Ich habe mir erlaubt, für den Kreistag zu sprechen, dass wir die Leichhardt-Konferenzen auch als Kreis in den nächsten Jahren unterstützen werden.

In den letzten Wochen hat sich auch wieder eine ganze Menge an Berichtenswertem ereignet. Einige Punkte will ich herausgreifen. Sie wissen, dass wir uns seit längerem mit der Situation des Wohnungsbaues gerade in der Nordregion des Landkreises auseinandersetzen und unsere Forderungen in Richtung Landes- und Bundespolitik formulieren.

Ich bin sehr froh, dass wir z. B. in Wildau und in Königs Wusterhausen weiter an Projekten mitarbeiten, bei denen der Wohnungsbau in den nächsten Jahren zu kommunalpolitischen Programmen wird.

Es ist ganz wichtig, dass wir neue Wohngebiete erschließen, die es ermöglichen, dass junge Familien, die aus Berlin kommen, z. B. in Königs Wusterhausen ihre Zukunft finden.

Am 06.09.2013 wurde die Fertigstellung des Erschließungsprojektes Wohngebiet am Funckerberg in Königs Wusterhausen gefeiert. Auf 62 Parzellen wurde die Möglichkeit der Ansiedlung von Ein- und Mehrfamilienhäusern geschaffen.

Am 09.09.2013 fand die Industriekonferenz Brandenburg im Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Wildau statt. Um gemeinsame Ansätze auf dem Weg zum Industrieland Brandenburg innovativ und wachstumsstark, aber auch nachhaltig zu entwickeln, hatte der Wirtschafts- und Europa-minister Ralf Christoffers dorthin eingeladen. Wir diskutierten in Fachforen und Zukunftsdialogen mit Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik über aktuelle Fragen der Industrie, aber auch über Handlungsansätze und Praktika für Gegenwart und Zukunft.

Am 11.09.2013 fand in Wildau die Einweihung des neuen Campus II der Technischen Hochschule – übrigens mit einem termingerechten Bauabschluss – statt. Dazu gehören auch ein Audimax mit etwa 400 Plätzen und weitere Hörsäle.

Die Gesamtinvestitionssumme betrug 39,3 Mio. Euro. Davon kamen 16,8 Mio. Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds für Regionale Entwicklung.

Am 13.09.2013 fand die diesjährige Jahreskonferenz der Volkshochschule statt. Anliegen war es, mit Kursleitern und Gästen neue Bildungstrends zu diskutieren.

Der thematische Schwerpunkt wurde geprägt von der kulturellen Bildung. Nach Angeboten zur Gesundheit und Sprachvermittlung ist die kulturelle Bildung drittgrößter Programmbereich an unserer Volkshochschule.

Zurzeit werden 46 Kurse im Bereich kulturelle Bildung angeboten.

Am 14.09.2013 fanden die Gründung des Familienbündnisses in Eichwalde und ein Jubiläumskonzert des Kinder- und Jugendchores Eichwalde statt. Das war eine wichtige familienpolitische und gesellschaftliche Veranstaltung. Vielen Dank an die Akteure in Eichwalde.

Am 18.09.2013 haben wir den Tag der Altenpflege in Luckau feiern können. Während der Feierstunde im evangelischen Seniorenzentrum an der Berste wurden sechs ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, Angehörige sowie professionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgezeichnet.

Ich hatte die große Ehre, sie für ihre aufopferungsvolle und verdienstvolle Pflegeleistung zu ehren.

Am 19.09.2013 haben wir praktischen Unterricht am Schiller-Gymnasium erleben dürfen. Eine ganze Woche lang hat der Versorgerkonzern EWE mit seinem E-Mobil unter dem Motto ‚Energie macht Schule‘ praxisbezogenen Unterricht angeboten. Das wurde vor allen Dingen von den 7. und 8. Klassen sehr gut genutzt. Und ich denke, dass so ein Angebot eines Konzerns dieser Größenordnung erwähnenswert ist. Es ist ein Konzern, der seine Gewinne zumindest teilweise auch in Gesellschaftspolitik investiert. Das finde ich gut.

Minister Holzschuher, der Innenminister von Brandenburg, hat am 19.09.2013 das Brand- und Katastrophenschutzzentrum in Luckau besucht. Er informierte sich über die Aufgaben und das Leistungsspektrum. Es war sein erster offizieller Besuch als Innenminister in einem Landkreis in Brandenburg. Acht Mitarbeiter kümmern sich im BKZ um die Pflege und Vorbereitung der Technik für 164 Feuerwehren in unserem Landkreis.

Unterstützt wird damit die Wiederherstellung auf Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehren in unseren Kommunen. Dazu kommt, dass auf einer Übungsstrecke die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren unseres Landkreises, aber auch Gastfeuerwehren die Brandbekämpfung mit schwerer Atemschutztechnik trainieren können; seit 2010 mit Spezialtechnik für den Einsatz im Flughafen-Bahntunnel.

Jährlich werden im BKZ 1.200 Feuerwehrkameradinnen und –kameraden ausgebildet.

Am 20.09.2013 fand die Immatrikulationsfeier der Technischen Hochschule Wildau statt. Das Wintersemester beginnt mit mehr als 1.200 jungen Leuten, die ein Direkt- oder berufsbegleitendes Studium absolvieren.

Damit sind aktuell fast 4.400 junge Menschen an der TH Wildau eingeschrieben. Rund ein Fünftel von ihnen kommt aus dem Ausland.

Besonders nachgefragt waren in diesem Jahr die ingenieurtechnischen Studiengänge Maschinenbau, Luftfahrttechnik und Logistik, Wirtschaftsingenieurwesen und Logistik sowie managementbetonte Studiengänge der Betriebswirtschaft und des Business-Managements.

Die Ausbildungsmesse des LDS, organisiert von unserer Wirtschaftsförderungsgesellschaft, fand am 21.09.2013 in der neuen Sporthalle am OSZ in Königs Wusterhausen statt. Rund 750 Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern besuchten diese Messe. Insgesamt 54 Firmen aus der Region präsentierten Ausbildungsmöglichkeiten und Berufsperspektiven.

Ich bin sehr froh, dass wir diese Angebotsform der Ausbildungsmesse immer weiter etablieren können.

Am 27.09.2013 fand die Einweihung eines großen Logistik-Zentrums in Schönefeld statt. Seit dem 27. September konzentriert sich das Dienstleistungsunternehmen UNITAX, bislang auf drei Standorte verteilt, nun in Schönefeld. Die Investitionssumme beträgt 12 Mio. Euro. Zwölf neue Arbeitsplätze und drei Ausbildungsplätze sind entstanden. Auf den bisherigen Standorten beschäftigte UNITAX 37 Mitarbeiter.

Sie sehen hier im Saal auch den Erntekranz des diesjährigen Jahres. Die Landfrauen Südbrandenburg haben diesen anlässlich des Erntedankfestes auf dem Höllberghof geflochten. Wir waren mit Frau Lehmann unterwegs und haben kurz entschlossen gebeten, uns diesen Erntekranz zur Verfügung zu stellen.

Am 03.10.2013, dem Tag der offenen Tür beim KiEZ Frauensee, fand u. a. das Kinderfest der Kreisjugendfeuerwehr unseres Landkreises statt.

Im Rahmen des Herbstlagers der Kreisjugendfeuerwehr Dahme-Spreewald wurde am Frauensee eine Ausbildungsstaffel absolviert. Veranstalter des Festes waren die Kreisjugendfeuerwehren und der Kreissportbund unseres Landkreises gemeinsam mit dem KiEZ Frauensee.

Am Fest beteiligt waren zahlreiche andere Feuerwehren, so auch aus Wolsztyn und unserem Nachbarlandkreis Teltow-Fläming. An dieser Stelle ganz herzlichen Dank an den Kreisfeuerwehrverband, an die Kreisjugendfeuerwehr und alle anderen Organisatoren, die zum Gelingen beitrugen.

Am 04.10.2013 fand auf der Kriegsgräberstätte in Halbe die Umbettung von Kriegsopfern statt. 105 Kriegstote aus dem 2. Weltkrieg haben dort ihre letzte Ruhestätte gefunden.

Gemeinsam mit dem Landtagspräsidenten Gunter Fritsch und dem Präsidenten des Volksbundes wurden Kränze niedergelegt.

Zur Erarbeitung des neuen Nahverkehrsplans fand am 15.10.2013 die Auftaktveranstaltung statt. Mehrere Veranstaltungen wird es im Landkreis geben: zwei mit Bürgermeistern (1 davon hat schon stattgefunden) und öffentliche Veranstaltungen für die Bürger.

Wir wollen den Nahverkehrsplan an die gegenwärtige städtebauliche Situation, aber auch an die demografische Entwicklung unseres Landkreises anpassen.

Am 10. Oktober wurde an der Ortsdurchfahrt der B 87 in Duben an der Autobahnauffahrt ein P+R-Platz eingeweiht. Das ist ein Projekt, an dem wir etwa vier Jahre lang arbeiteten und gemeinsam mit dem Landesbetrieb Straßenwesen 71 Parkplätze für Pendler schaffen konnten.

Ein weiteres Projekt soll an der Autobahnauffahrt in Freiwalde entstehen. Hier sind die Planungsarbeiten in vollem Gange. Der Amtsdirektor, aber auch der Landesbetrieb Straßenwesen haben angedeutet, dass die Bauarbeiten im nächsten Jahr auch dort beginnen könnten.

Wir haben am 11.10.2013 die Einweihung der neuen Waldschule in Börnichen feiern können. Ich kann Ihnen nur empfehlen, dort mal vorbeizuschauen. Neben der Waldjugend im Norden unseres Landkreises verfügen wir nun über eine sehr professionelle Wald-Bildungsstätte in Börnichen.

Am 12.10.2013 feierte das Zentrum für Aus- und Weiterbildung in Ludwigsfelde, ein Bildungsunternehmen, welches im Landkreis Teltow-Fläming und auch hier im Landkreis Standorte hat, sein 15-jähriges Bestehen. Bisher wurde dort etwa 20.000 Menschen eine neue Perspektive gegeben.

Etwa 200 Gäste nahmen an der Feierstunde teil, darunter auch der ehemalige Ministerpräsident Brandenburgs, Matthias Platzeck.

Was wäre ein Monat ohne Jubiläen unserer Feuerwehren? Hier zu erwähnen sind das 140-jährige Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Luckau, das 125-jährige Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Bestensee und das 150-jährige Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Lübben.

Bei allen Veranstaltungen waren wir vertreten und ich denke, dass es ein Stück Solidarität ist, wenn sich der Landkreis dort auch mit Abgeordneten des Kreistages präsent zeigt und die Arbeit der Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren würdigt.

Ich habe noch eine letzte Information für Sie: Wir haben eine neue Europa-Referentin. Frau Naemi Schadagies hat die Stelle von Frau Anika Schäfer, die sich in einer Studienmaßnahme befindet, übernommen. Sie wohnt in Berlin, kommt ursprünglich aus Hamburg, studierte Politikwissenschaften und Europa-Studien an der Viadrina in Frankfurt (Oder) sowie der Uni Poznan und nahm bereits an der Festveranstaltung zum zehnjährigen Bestehen des Landes Brandenburg in der Wojewodschaft Wielkopolska teil.

Und noch ein Ausblick auf die nächsten Tage: Wir sind dabei, die Kabinettsitzung der Brandenburger Landesregierung am 29.09.2013 hier in diesem Raum vorzubereiten.

An der Sitzung werden im späteren Verlauf auch die Beigeordneten und der Landrat teilnehmen. Unser Themenkatalog ist umfangreich und die geplanten zwei Stunden dafür werden vermutlich kaum ausreichen.

Vielen Dank.“

Fragen zum Bericht:

Herr Selbitz bezieht sich auf den heutigen 200. Geburtstag von Ludwig Leichhardt und informiert, dass neben der Würdigung dieses Ereignisses in der Tagespresse auch der Mann zu Wort kam, der sich sein Leben lang mit dem Wirken und Schaffen von Ludwig Leichhardt beschäftigte – Herr Bernd Marx. In über 50-jähriger Recherche habe dieser insgesamt 500.000 Objekte zusammengetragen. Mit dem heutigen Tag wolle er beginnen, diese zu vernichten, weil weder in Australien noch in Deutschland jemand Interesse an dieser Sammlung habe. Der Landrat werde aufgefordert, dies Kraft seines Amtes zu verhindern und nach einer Möglichkeit zu suchen, die Sammlung zu erhalten.

Landrat Loge bedankt sich für die Information; der Sachverhalt war ihm bisher nicht bekannt. Herr Selbitz werde gebeten, einen Kontakt zu Herrn Marx zu vermitteln. Gemeinsam mit dem Archiv könnte die Sammlung analysiert und ggf. eine Lösung gefunden werden.

Frau Lehmann bezieht sich auf den Kabinettsbesuch im Landkreis, bei dem verschiedene Themenkomplexe angesprochen werden sollen. Es sei zu fragen, welche konkreten Themen das sein werden bzw. welche Themen der Landrat ansprechen möchte.

Landrat Loge antwortet, dass es z. B. um den Flughafen BER und den sozialen Wohnungsbau gehen soll.

Er selbst wolle finanzielle Dinge hinsichtlich der erweiterten Zuweisung von Flüchtlingen, die Tourismusentwicklung, aber auch die demografische Entwicklung und die Folgen für den ÖPNV im Süden des Landkreises ansprechen.

Ein weiterer Themenkomplex werde die Entwicklung der regionalen Wachstumskerne Wildau und Königs Wusterhausen sein, speziell das Vorhaben Funckerberg.

Frau Lehmann bittet den Landrat, die Problematik Trink- und Abwasserzweckverband Luckau ebenfalls noch auf seine Themenliste zu setzen.

Landrat Loge erwidert, dass die genannten Themen nur ein Auszug aus seiner Liste waren. Natürlich wolle er auch diese Problematik ansprechen.

Frau Müller möchte wissen, welche Vertreter am Verkehrssymposium der Friedrich-Ebert-Stiftung in Königs Wusterhausen teilgenommen haben.

Landrat Loge erwidert, dass der Dezernent Herr Starke anwesend war. Er werde ihn bitten, entsprechend zu recherchieren. Es wurde aber öffentlich dazu eingeladen.

Herr Krause empfiehlt, in der Kabinettsitzung auch auf das Problem der Verockerung der Spree einzugehen. Mit Unterstützung des Landes wurden zwar einige Maßnahmen angeschoben, aber es bestehe noch akuter Handlungsbedarf.

Landrat Loge erklärt dazu, dass unter maßgeblicher Initiative des ehemaligen Ministerpräsidenten Platzeck binnen kurzer Zeit ein Maßnahmenplan aufgestellt wurde. In den nächsten zwei Jahren sollen 9 Millionen Euro für Maßnahmen zur Verminderung der Belastung der Spree mit Eisenoxyd eingesetzt werden.

Überdies fand über die regionale Planungsgemeinschaft vor einigen Wochen eine Zusammenkunft mit den Landräten von Bautzen und Görlitz sowie Vertretern des Landesumweltamtes Sachsens statt. Die Initiative für diese Zusammenkunft kam aus dem Landkreis Dahme-Spreewald.

Sehr enttäuschend waren die Äußerungen der sächsischen Vertreter, dass die Untersuchungen in Uhyst und Lohsa präzisiert und dann Maßnahmenpläne aufgestellt werden müssten. Und das könne alles noch dauern.

Dennoch gab es einen gewissen Impuls und es bleibt zu hoffen, dass dort den Folgen des Braunkohletagebaus jetzt mit genauso viel Engagement entgegengewirkt werde wie auf der brandenburgischen Seite.

Herr Linke führt aus, dass an dem von der Friedrich-Ebert-Stiftung initiierten Verkehrssymposium am 15.10.2013 auch Frau Schneider, die Staatssekretärin aus dem Infrastrukturministerium teilgenommen hat. Es ging um die Bahnstrecke nach Dresden und die Organisation des Schienenverkehrs überhaupt. Dafür sei ja das Land zuständig. Frau Schneider habe berichtet, wie die Zielstellungen des Landes seien.

Herr Starke hatte über den Nahverkehrsplan berichtet, der nunmehr wieder erstellt werden soll, und Herr Strohschein von der Regionalen Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH über die Alltagsorgen der Gesellschaft.

Es wurde auch deutlich, dass sich der Landkreises Dahme-Spreewald mit seiner Regionalen Verkehrsgesellschaft nicht verstecken muss und im Vergleich mit anderen Gebietskörperschaften eine sehr gute Leistung erbracht werde.

Einige Fragen, die er gestellt hatte, seien allerdings nicht beantwortet worden. Er frage sich, warum das Land Berlin die Zuschüsse an den VBB kürzen möchte und warum der Personalbestand der Gesellschaft so stark angewachsen sei. Ursprünglich waren es knapp 20 Beschäftigte, heute seien es weit über 60. Darauf gab es keine Antwort; auch nicht vom anwesenden Vertreter des VBB.

Was die Bahnstrecke von Südkreuz bis Blankenfelde anbetrifft, wurde ein Zeithorizont von 2022 genannt. Er gehe davon aus, dass der Zeitvorteil, der dann durch höhere Geschwindigkeiten vom Berliner Außenring bis Dresden erreichbar sei, durch die Einschränkungen über den Ring wieder aufgezehrt werde; zumal die Ost-West-Querung (oder umgekehrt) durch Berlin an die

Grenze des Machbaren angelangt sei. Eine höhere Frequentierung sei nicht mehr möglich und jede Verspätung ziehe eine Kettenreaktion nach sich.

TOP 2.2 Anfragen der Abgeordneten

Frau Tölpe führt aus, dass für die heutige Sitzung drei schriftliche Anfragen vorliegen.

1. *Anfrage von Herrn Donath zum Kita-Betreuungsschlüssel für Kinder unter 3 Jahren*

Die schriftliche Antwort des Landrates ist den Abgeordneten mit Schreiben vom 01.10.2013 zugegangen.

2. *mehrere Anfragen von Herrn Knuffke zur Unterbringung von Asylbewerbern in Pätz*

Herr Saß erklärt zur ersten Frage, dass die Worte *Asylbewerber* und *Flüchtlingsheim* in Anführungszeichen gesetzt sind. Insofern könne für ein Heim, das offenkundig gerade nicht existiert, auch nicht gesagt werden, welche Kosten entstehen.

Zur zweiten Frage: Die Kosten können noch nicht benannt werden.

Zur dritten Frage: Der Betreibervertrag soll nach § 3 Abs. 5 g) VOL/A vergeben werden.

Zur fünften Frage: Die Kostenpauschale werde derzeit noch verhandelt, könne also noch nicht beziffert werden.

3. *Anfrage von Herrn Dr. Wunderlich zu Untersuchungen des Jobcenters Dahme-Spreewald zum Thema Lohndumping*

Die Anfrage ist erst heute eingegangen. **Landrat Loge** sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Das Jobcenter habe aber kurzfristig Folgendes mitgeteilt: „Seit 2011 prüft das Jobcenter Arbeitsverhältnisse auf ihre Sittenwidrigkeit. Bis einschl. 2012 wurden von über 400 überprüften Arbeitsverhältnissen 40 Arbeitsverhältnisse mit Auffälligkeiten aufgegriffen und Forderungen in Höhe von 52.812 Euro geltend gemacht. Davon haben 10 Arbeitgeber die Forderung umgehend erstattet.

Seit 2013 wird durchgehend jedes Beschäftigungsverhältnis erfasst und hinsichtlich seiner sittenwidrigen Entlohnung geprüft. Aktuell wurden ca. 2.000 Beschäftigungsverhältnisse erfasst. Bei 16 Fällen wurde ein sittenwidriger Lohn ermittelt und Forderungen gegen die Arbeitgeber geltend gemacht. 264 Fälle befinden sich derzeit noch in Prüfung. Bei den restlichen Fällen hat sich schon nach erster Sichtung ergeben, dass keine sittenwidrige Entlohnung vorliegt.“

Herr Schluricke ergänzt, dass dieses Thema in der letzten Sitzung des Jobcenterbeirates vor wenigen Wochen ebenfalls angesprochen wurde. Die Vertreter des Kreistages haben die Geschäftsführung des Jobcenters nachhaltig ermuntert, diese Linie fortzuführen und mit aller Konsequenz, die die Rechtslage herbeibringe, gegen sittenwidrige Beschäftigungsverhältnisse vorzugehen.

Mündliche Anfragen:

Unterstützt der Landkreis Dahme-Spreewald einen Braunkohle-Lobby-Verein?

Herr Donath weist darauf hin, dass die Antwort auf seine schriftliche Anfrage vom 16.09.2013 „Unterstützt der Landkreis Dahme-Spreewald einen Braunkohle-Lobby-Verein?“ noch fehlt.

Landrat Loge bittet um Entschuldigung, dass die Beantwortung übersehen wurde. Sie werde umgehend nachgereicht.

Die zweite Frage könne er aber schon heute mit „nein“ beantworten. Er habe sich als Landrat nicht an der Unterschriftensammlung beteiligt und/oder zu einer Teilnahme aufgerufen.

Einstellung Azubis in Krankenhausapotheke

Frau Tölpe informiert, dass im letzten Kreisausschuss gefragt wurde, ob in der Krankenhausapotheke in Lübben Auszubildende eingestellt wurden. Dies könne sie bestätigen; sie habe die Azubis bei der Eröffnung der Krankenhausapotheke persönlich kennengelernt.

Schließung des Schlachthofes in Kasel-Golzig

Herr Kolan möchte wissen, ob es einen neuen Stand gebe, was die Weiterbeschäftigung der bislang dort tätigen Mitarbeiter des Landkreises betrifft.

Landrat Loge sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises werden aber zum größten Teil weiterbeschäftigt.

Was die Mitarbeiterschaft des Schlachthofes insgesamt betreffe, habe das Jobcenter signalisiert, dass genügend Weitervermittlungspotential vorhanden ist.

Bildungs- und Teilhabepaket

Frau Uhlworm bedankt sich für die Beantwortung ihrer Anfrage vom 27.08.2013. Allerdings ergeben sich noch folgende Fragen:

In der Antwort werde davon gesprochen, dass die Verwaltung ein Konzept zur Weiterführung der Bildungssozialarbeit erarbeitet. Es sei zu fragen, wann mit diesem Konzept zu rechnen ist.

Weiterhin laufen lt. SGB II die Bundesmittel für die Zuschüsse zur Mittagsversorgung und zur Bildungssozialarbeit zum 31.12.2013 aus.

Es gab eine Initiative des Bundesrates und es sei zu fragen, ob der Verwaltung Informationen vorliegen, was auf Bundesebene passiert bzw. ob etwas geplant sei.

Abschließend sei zu fragen, ob es in der Kreisverwaltung schon Auszubildende gab, die ihre Ausbildung in Teilzeit absolvierten.

Herr Saß antwortet, dass sich der Jugendhilfeausschuss in seiner nächsten Sitzung mit der Weiterführung der Bildungssozialarbeit befassen wolle. Als Mitglied des Ausschusses habe Frau Uhlworm die Möglichkeit, sich direkt einzubringen.

Zur Initiative des Bundesrates sei nichts Aktuelles bekannt. Der Antrag wurde dem Bundestag zugeleitet, fiel allerdings der Diskontinuität zum Opfer. Es müsse abgewartet werden, inwiefern die Themen, mit denen sich der Antrag befasst habe, nach den Koalitionsverhandlungen aufgegriffen werden.

Teilzeitausbildung ist in den Berufen, die der Landkreis ausbildet, nicht möglich.

Kürzung des Zuschusses an den VBB

Herr Linke bezieht sich auf seine Ausführungen unter Tagesordnungspunkt 2.1 und möchte wissen, warum das Land Berlin die Zuschüsse an den VBB kürzen möchte. Das Land Brandenburg sei da ganz anderer Auffassung. Ihm sei unklar, wie diese unterschiedlichen Auffassungen zur sinnvollen Arbeit des VBB in Sachen Organisation des Regionalverkehrs entstehen konnten.

Landrat Loge erwidert, dass die Berliner in der letzten Aufsichtsratssitzung des VBB überraschend mitgeteilt haben, die finanziellen Zuschüsse im nächsten Jahr und im Folgejahr drastisch kürzen zu wollen. Eine Begründung wurde nicht gegeben, aber es wurde ein Angebot unterbreitet, welches heißt: erst kürzen und dann Aufgabenkatalog analysieren. Dem wurde von brandenburgischer Seite nicht zugestimmt, weil das praktische Leben genau anders herum laufe: erst Aufgabenkatalog analysieren und im Ergebnis dann die entsprechenden Mittel zuteilen.

Kompromissangebote wurden von der Berliner Seite nicht akzeptiert, so dass das Gesamtthema in die nächste Aufsichtsratssicherung vertagt wurde.

Überdies habe er in dieser Aufsichtsratssitzung eine Fahrpreiserhöhung nicht mitgetragen, er habe sich enthalten.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist fast 17:00 Uhr und **Frau Tölpe** ruft den Tagesordnungspunkt 3 – Einwohnerfragestunde – auf.

Herr Haverlandt stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Unterbrechung der Sitzung, um mehrere Stühle nachzuordern, damit Einwohner, die draußen stehen, dieser Sitzung folgen und ihre Anfragen stellen können und nicht mit dem Vorwand des Brandschutzes abgefertigt werden, wenn sogar die Notausgangstür verschlossen ist.

Landrat Loge weist darauf hin, dass es für den Sitzungssaal seit Jahren ein Brandschutzkonzept gibt. In diesem sei festgehalten, dass der Fluchtweg nur für 230 Personen ausgelegt ist (einschl. der Mitarbeiter, die zur gleichen Zeit das Treppenhaus nutzen). In den nächsten Jahren seien jedoch Umbaumaßnahmen geplant, die die Fluchtwegsituation verbessern.

Die Besucherplätze wurden heute schon um 10 Stühle erweitert. Das sei weit über dem üblichen Besucherkreis. Er übernehme keine Garantie für den sicheren Fluchtweg aus dem Sitzungssaal und verbiete sich sämtliche Unterstellungen.

Frau Tölpe bittet, Beifallsbekundungen zu unterlassen. Die Notausgangstür sei im Moment geschlossen, weil dahinter ein Fahrstuhl eingebaut wird.

Herr Haverlandt entgegnet, dass das Brandschutzkonzept für den Sitzungssaal seiner Meinung nach hinfällig ist, wenn der Notausgang nicht mehr genutzt werden kann. Auf seinem privaten Grundstück wurde z. B. auch die Nutzung von Räumen aus Brandschutzgründen untersagt.

Im Umkehrschluss würde das bedeuten, dass der Sitzungssaal zu klein ist und eine andere Räumlichkeit gesucht werden müsse.

Außerdem sei in fast jeder zweiten Beratung zu hören, dass sich die Öffentlichkeit zu wenig für die Kreistagssitzungen interessiert. Heute seien jedoch zahlreiche Bürger da, die der Sitzung folgen wollen.

Herr Selbitz ist gegen den Antrag. Es ist jetzt 17:02 Uhr und Frau Tölpe werde aufgefordert, die Einwohnerfragestunde aufzurufen, um die Fragesteller nicht warten zu lassen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Haverlandt auf Unterbrechung der Sitzung: - bei 2 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt -

TOP 3. Einwohnerfragestunde

Frau Tölpe erklärt, dass dem Kreistag ein Schreiben des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Lübben e. V. zur Unterbringung von Bewohnern aus der Gemeinschaftsunterkunft Waßmannsdorf in Wohnungen des Landkreises auf den Tisch gelegt wurde.

Frau Rubenbauer habe bereits im Vorfeld signalisiert, dass sie die Thematik noch einmal im Gesundheits- und Sozialausschuss behandeln werde.

Weitere schriftliche Anfragen von Einwohnern des Landkreises liegen nicht vor.

Es werde darauf hingewiesen, dass der öffentliche Teil der Sitzung im Internet veröffentlicht wird – auch die Redebeiträge der Bürger mit Namen und Wohnort.

Mündliche Anfragen von Einwohnern:

Bahnübergang über die B 87 in Langengrassau

Frau S. Branig und **Herr Chr. Meister** aus der Gemeinde Heideblick bitten den Kreistag, sich dafür einzusetzen, am maroden Bahnübergang über die Bundesstraße B 87 in Langengrassau eine Straßensperrung vorzunehmen – solange, bis die Deutsche Regionaleisenbahn GmbH als Streckenbetreiber ihrer Aufgabe nachkommt, die Bahnschienen zu beseitigen. Die Stilllegung dieses Streckenabschnittes sei ja vor kurzem beschlossen worden. Denkbar wäre auch eine Ersatzvornahme, um den Zustand kurzfristig zu beenden.

Landrat Loge antwortet, dass sich an der betreffenden Stelle in Langengrassau eine Bundesstraße mit einer Privatbahn kreuzt, die seinem Wissen nach noch als Bahnstrecke gewidmet ist. Seit geraumer Zeit befinden sich beide Verkehrsträger in einem schriftlichen Dialog, der ihn persönlich schon lange nicht mehr zufriedengestellt hätte.

Der Landkreis habe jedoch keine Befugnis, eine verkehrsrechtliche Anordnung für eine Bundesstraße zu tätigen. Seiner Ansicht nach hätte das Land auch schon längst eine Ersatzvornahme in die Wege leiten können.

Als der Landkreis vor etwa anderthalb Monaten davon Kenntnis erhielt, wurde sofort ein Kontakt mit dem Landesbetrieb Straßenwesen hergestellt. Die letzte Information laute, dass der private Eisenbahnbetreiber die Sanierung in Auftrag gegeben habe. Der Landesbetrieb geht davon aus, dass eine entsprechende Vergabe nach ökonomischen Gesichtspunkten getätigt wurde, und ist auch bereit, sich zur Hälfte an den Kosten zu beteiligen.

Lagerung Sachspenden für Asylbewerber

Herr H. Stolpe aus Schwerin, Vorsitzender eines Kulturvereins, begrüßt, dass das Asylbewerberheim in der Nähe eingerichtet werden soll. Sein Verein sehe eine Möglichkeit, die Asylbewerber mit Sachspenden zu unterstützen.

Es sei zu fragen, ob es in Pätz eine Gelegenheit geben werde, die Sachspenden zu lagern. Das solle aber keine Dauerlösung sein, denn die Bestrebungen gehen ja dahin, die Leute zu integrieren und in Wohnungen unterzubringen. Da könne sein Verein dann mit Haushaltsgeräten und anderen Dingen helfen.

Landrat Loge bedankt sich für das Angebot; die Verwaltung werde entsprechend prüfen.

Schülertransport/Sozialarbeiter

Frau **N. Nielsen** aus Mittenwalde und Frau **P. Ohde** aus Königs Wusterhausen informieren, dass sich die Busse wegen der Verkehrsänderung auf Grund der Baustelle in Schenkendorf verspäten und die Schüler jeden Tag etwa 20 Minuten zu spät zur Schule kommen. Es sei zu fragen, ob diese Verkehrsänderung auch Mittenwalde und die umliegenden Dörfer betrifft.

Weiterhin werde darauf hingewiesen, dass die Sozialarbeiterin in Mittenwalde noch sieben Jugendklubs betreut. Damit sei sie echt überfordert. Es sei zu fragen, wie es mit den Sozialarbeiterstellen aussieht.

Landrat Loge erwidert, dass zum Busverkehr recherchiert werden müsse. Eine schriftliche Antwort werde nachgereicht.

Was die Sozialarbeiterstelle betrifft, werde der Hinweis zum Anlass genommen, im Jugendhilfeausschuss und mit der Stadt einen Dialog zu führen, um eine Lösung zu finden.

TOP 4. Beratung und Bestätigung von Verwaltungsvorlagen für den Kreistag

TOP 4.1 Bestätigung der wirtschaftlichen Betätigungen in Bezug auf deren Erforderlichkeit (öffentliches Interesse) für die Nachweisführung im Beteiligungsbericht 2012

hier: - **Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (WFG)**

- **Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH (TGZ),**
- **Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH (ELS),**
- **Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH (BADC),**
- **Klinikum Dahme-Spreewald GmbH (KDS),**
- **Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (RVS),**
- **Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB)**

Vorl.Nr. 2013/083

Frau Tölpe weist darauf hin, dass Austauschseiten zur Vorlage übersandt wurden, nachdem die Vorlage in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie des Ausschusses für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus erörtert wurde und die gewünschten Änderungen eingearbeitet wurden.

Außerdem werde gebeten, im Beschlusspunkt 3 das Wort „*Legislaturperiode*“ durch das Wort „**Wahlperiode**“ zu ersetzen.

Herr Dr. Wunderlich erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE den Änderungen zustimmt.

Zum Klinikum stelle sich für ihn jedoch die Frage, ob davon ausgegangen werden könne, dass nach zwei Teilprivatisierungsetappen keine weiteren Privatisierungen mehr erfolgen. Der Landkreis Dahme-Spreewald sei ja zurzeit mit 51 % der Anteile Mehrheitsgesellschafter.

Landrat Loge antwortet, dass aus heutiger Sicht keine weiteren Privatisierungen vorgesehen sind. Allerdings werde im Mai kommenden Jahres ein neuer Kreistag gewählt und es sei nicht vorhersehbar, wie dann die Intentionen sein werden.

Herr Linke bezieht sich auf ein vor wenigen Tagen zugegangenes Papier, in dem u. a. Beteiligungen aus der Statistikbehörde des Landes aufgelistet wurden. Er habe es wegen der Kürze der Zeit nur flüchtig überlesen können, dabei jedoch festgestellt, dass in manchen Landkreisen erhebliche finanzielle Belastungen entstehen.

Der Zuschuss des Landkreises Dahme-Spreewald zur Energieregion Lausitz GmbH habe bislang z. B. auch nicht gerade Freudentaumel hervorgerufen, zumal greifbare Ergebnisse aus dieser Beteiligung für den Landkreis nicht so richtig erkennbar seien.

Vielleicht könnte die Verwaltung einmal berichten, wie die hohen Fehlbeträge – in welchen Landkreisen auch immer – entstanden sind. Das Ganze sei ja eine Sache, die nicht unbedingt zu den Pflichtaufgaben der jeweiligen Gebietskörperschaften gehören müsse.

Landrat Loge sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**Abstimmung: - bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2013/083**

Der Kreistag beschließt,

1. dass die Leistungserbringung der kommunalen Unternehmen des Landkreises Dahme-Spreewald weiterhin dem öffentlichen Interesse entspricht und die Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung gemäß § 91 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) i. V. m. § 131 Abs. 1 BbgKVerf gewahrt werden. Danach erfolgt die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises unter Wahrung des öffentlichen Zwecks und steht in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises sowie des erforderlichen Bedarfs.
2. dass der Landkreis Dahme-Spreewald auf die Einholung von Marktangeboten oder Vergleichsberechnungen über die Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch private Anbieter verzichtet. Er macht damit vom Recht nach § 91 Abs. 3 S. 3 i. V. m. § 131 Abs. 1 BbgKVerf Gebrauch.
3. dass ein ausführlicher Nachweis über die fortdauernde Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen des öffentlichen Zwecks der kommunalen Unternehmen alle 5 Jahre bzw. einmal je Wahlperiode des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald zu erbringen ist.

**TOP 4.2 Kommunalwahlen am 25.05.2014
 hier: Berufung der Kreiswahlleiterin und ihres Stellvertreters für das
 Wahlgebiet Landkreis Dahme-Spreewald , Vorl.Nr. 2013/107**

Frau Tölpe informiert, dass für die Europawahl der Landeswahlleiter auf Vorschlag des Landrates und für die Landtagswahl der Landeswahlleiter auf Vorschlag des Kreisausschusses den oder die Kreiswahlleiter/-in beruft.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2013/107**

Der Kreistag beruft

1. Frau Nadine Starke zur Kreiswahlleiterin für Kommunalwahlen für das Wahlgebiet des Landkreises Dahme-Spreewald

und

2. Herr Stefan Klein zum Stellvertreter der Kreiswahlleiterin für Kommunalwahlen für das Wahlgebiet des Landkreises Dahme-Spreewald.

**TOP 4.3 Ermächtigung des Landrates zum Abschluss von Miet- und Betreiber-
 verträgen für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen,
 Vorl.Nr. 2013/110**

Frau Tölpe weist darauf hin, dass am Montag durch das Büro Kreistag informiert wurde, dass die Vorlage im Sitzungsdienstprogramm bereitgestellt wurde. Heute wurde die Vorlage schriftlich auf den Tisch gelegt.

Es werde gebeten, bei der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes eine Zahl auszutauschen. Es müsse heißen „... kann ein Ausnahmetatbestand im Sinne von § 3 Abs. 5 g) VOL/A unterstellt werden, ...“ (nicht Abs. 3 g).

Weiterhin ist auf Seite 2, vorletzter Absatz „... ca. 154 Plätze“ auf „... **maximal** 154 Plätze“ abzuändern.

Auf Seite 3 in der 5. Zeile von oben ist einmal „der“ zu streichen.

Herr Haverlandt führt aus, dass über eine Beschlussvorlage abgestimmt werden soll, obwohl Herr Saß in der Anfragestunde der Abgeordneten noch keine Kosten nennen konnte. Dem Kreistag sei nicht bekannt, was den Landkreis hier erwartet und jetzt sollen Gelder bewilligt werden, die keine Grenzen haben.

Ferner habe das Rechnungsprüfungsamt in seinem Prüfvermerk geschrieben, dass die Betreuung eines Asylbewerberheimes grundsätzlich auszuschreiben ist. Es stelle sich die Frage, warum nicht ausgeschrieben wird. Interessenten gebe es sicherlich. Der Presse war z. B. zu entnehmen, dass die Kirchen momentan sehr daran interessiert seien, Heime zur Verfügung zu stellen.

Überdies war heute auch zu sehen, dass Bürgerbeteiligung, Kritik oder Gegenrede gar nicht erwünscht seien. Das war in der Veranstaltung in Pätz auch so. Nur ausgewähltes Publikum war anwesend und sogar Kreistagsabgeordneten wurde der Zutritt verwehrt.

Das Objekt in Pätz wäre mittlerweile das dritte Heim im Landkreis Dahme-Spreewald – einschl. der Einrichtung für Asylsuchende am Flughafen Schönefeld.

Die Abgeordneten der NPD werden dieser Vorlage nicht zustimmen. Es werde auch das Festhalten des Abstimmungsverhaltens der NPD-Abgeordneten in der Niederschrift beantragt.

Forderungen der NPD-Abgeordneten seien viel eher

- mit dem eingesparten Geld – wenn der Beschlussvorlage heute nicht zugestimmt wird – die Grenzkontrollen zu verstärken und die Dublin-II-Verordnung endlich umzusetzen; nämlich Asylverfahren dort zu verhandeln, wo die Asylsuchenden das erste Mal europäischen Boden betreten haben.
- die schnellere Bearbeitung von Asylverfahren und der daraus resultierenden Abschiebung. (98 % der Asylverfahren werden ablehnend beschieden).
- die Abschaffung des einklagbaren Grundrechts auf Asyl.

Abschließend werde die Überweisung der Vorlage in den Gesundheits- und Sozialausschuss beantragt.

Frau Tölpe betont, dass sie dagegen vorgehen werde, wenn Kreistagsabgeordneten der Zutritt zum Kreistagssaal verwehrt wird. Sie könne aber nichts zu einer Veranstaltung sagen, die nicht vom Landkreis initiiert wurde.

Überdies müsste gemäß Geschäftsordnung ein Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt werden, wenn das Abstimmungsverhalten festgehalten werden soll.

Herr Haverlandt erwidert, dass er diesen Antrag gestellt hätte, wenn den NPD-Abgeordneten nicht rechtswidrigerweise der Fraktionsstatus vorenthalten wäre. Er lege jedenfalls Wert auf das Festhalten seines Stimmverhaltens.

Frau Tölpe weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung das nicht hergebe.

Landrat Loge bittet zu beachten, dass im Vermerk des Rechnungsprüfungsamtes auch stehe „Unter der Voraussetzung, dass die in der Vorlage genannten Angaben zutreffen, kann ein Ausnahmetatbestand im Sinne von ... unterstellt werden, der eine freihändige Vergabe rechtfertigt.“ Dem Kreistag stehe es natürlich auch frei, dem Rechnungsprüfungsamt einen Auftrag zur Prüfung zu erteilen.

Außerdem bitte er wiederholt, hier in diesem Raum Unterstellungen zu unterlassen.

Zu der Veranstaltung in Bestensee hatte die Gemeinde eingeladen und die Vertreter des Landkreises gaben inhaltliche Erläuterungen. Der Veranstaltungsraum sei brandschutztechnisch für eine bestimmte Personenzahl zugelassen und bei Erreichen dieser Grenze waren die Zutrittsmöglichkeiten natürlich eingeschränkt.

In den Veröffentlichungen der NPD werde allerdings behauptet, dass Interessierte ausgeschlossen wurden. Das seien Unterstellungen, die er sich persönlich verbiete.

Wäre den Bestenseern, die wirklich interessiert sind, was in ihrem Umfeld passiert, der Vorrang eingeräumt worden, wären vermutlich auch alle Interessierten aus der unmittelbaren Nachbarschaft untergekommen. Es waren aber zahlreiche Bürger dabei, die ganz woanders wohnen und sich informieren wollten, weil sie eventuell nach Bestensee ziehen wollen. Und weil die Kapazität weitgehend überschritten war, war der Zutritt für weitere Besucher nicht mehr möglich.

Nach einem Zwischenruf aus den Zuschauerreihen fordert **Frau Tölpe** den Bürger auf, Platz zu nehmen. Ansonsten lasse sie ihn des Raumes verweisen.

Nach einem erneuten Zwischenruf dieses Bürgers bittet **Landrat Loge**, die in der Lohmühlengasse anwesende Polizei zur Personfeststellung zu rufen. Er erwäge eine Anzeige.

Herr Haverlandt erklärt, dass er sich dem Bürger als Zeuge zur Verfügung stellt, was wirklich in Pätz abgelaufen ist. Dann werde sich bestätigen, dass es eine Lüge war – zumindest aus seiner Sicht.

Und ob der Landkreis Veranstalter war oder nicht, sehe er in den Ausführungen des Landrates eine Bestätigung, dass in Pätz dasselbe undemokratische Verhalten wie hier an den Tag gelegt wurde; dass nämlich Bürger/Einwohner ausgeschlossen wurden, weil Klientelpolitik betrieben und Klientel hereingeholt wurde, wie es heute auch der Fall sei.

Frau Tölpe merkt an, dass auch Abgeordnete der SPD-Fraktion in Pätz nicht in den Veranstaltungsraum eingelassen wurden und draußen gestanden haben.

Herr Kolan mahnt an, zur Beschlussvorlage, in der es um Betreiber- und Mietverträge geht, zurückzukehren. Die Veranstaltung der Gemeinde Bestensee habe damit gar nichts zu tun.

Frau Rubenbauer begrüßt diese Vorlage. Sie wurde in einer Informationsveranstaltung für die Gemeindevertreter in Bestensee beraten, bevor sie den Kreistagsmitgliedern übergeben wurde. Eine Woche nach dieser Veranstaltung fand dann die Informationsveranstaltung für die Bürger in Pätz statt, organisiert über den Bürgermeister von Bestensee mit Hilfe des tbz. Als Einwohnerin von Bestensee habe sie selbst daran teilgenommen und könne nur sagen, es bedarf überhaupt keiner Lüge, sondern das, was der Landrat hier gesagt habe, sei eine Tatsache. Alles andere sei Lüge. Der Landrat könne versichert sein, dass sie seine Zeugin dafür sei.

Herr Knuffke schließt sich den Ausführungen von Herrn Haverlandt an; es entspreche wirklich nicht der Wahrheit. Beispielsweise wurde der Kreistagsabgeordnete Herr Kolberg, ein Einwohner von Schulzendorf, eingelassen, obwohl eindeutig festgelegt war, dass nur Einwohner aus Bestensee und Pätz eingelassen werden. Vielleicht könne das einmal erklärt werden. Er habe auch darauf aufmerksam gemacht, dass er Kreistagsabgeordneter sei.

Frau Tölpe unterbricht Herrn Knuffke und fordert auf, die Handys auszuschalten. Film- oder Tonaufnahmen seien gemäß Geschäftsordnung nur mit Beschluss des Kreistages möglich.

Herr Knuffke führt weiter aus, dass in Pätz noch weitere Personen anwesend waren, die nicht in Bestensee wohnen.

Er empfehle, dieser Beschlussvorlage nicht zuzustimmen. Seiner Ansicht nach entstehe dem Landkreis ein Schaden und es sei eine Veruntreuung von Steuergeldern. Zu etwa 80 % werden Leute untergebracht, von denen von vornherein bekannt sei, dass sie kein Asylrecht haben. Und dass Leute, die aus der EU kommen, kein Asylrecht haben, wisse jeder, da müsse nichts geprüft werden. Trotzdem werden diese Leute aufgenommen, monatelang untergebracht und verköstigt.

Da brauche Frau Rubenbauer gar nicht so blöd zu lachen, denn dieses Geld müssen die Bürger schwer erarbeiten.

Frau Tölpe fordert Herrn Knuffke auf, sich für die ungebührliche Wortwahl „blöd lachen“ zu entschuldigen.

Herr Knuffke fragt, ob er dazu etwas sagen darf.

Frau Tölpe erwidert, nur dann, wenn er sich entschuldigt.

Herr Knuffke ist verärgert. Der Kreistag sei doch kein Kindergarten und Frau Tölpe nicht seine Erzieherin bzw. Gouvernante.

Frau Tölpe ruft Herrn Knuffke wegen der ungebührlichen Wortwahl zur Ordnung. Bei einem wiederholten Missgriff der Wortwahl werde sie ihn des Saales verweisen. Jetzt dürfe er aber weiterreden.

Herr Knuffke fordert Herrn Kolberg auf, Stellung zu nehmen, warum er als Schulzendorfer Bürger bei der Veranstaltung in Pätz eingelassen wurde, andere Bürger dagegen nicht.

Landrat Loge betont, dass Herr Kolberg zur Vertretungskörperschaft des Landkreises gehört und auch Abgeordnete des Gemeinderates Bestensee zur Vertretungskörperschaft des Landkreises gehören und dort Zutritt hatten. Die maximale Auslastung den Brandschutz betreffend sei aber bei 200 Personen erreicht. Er habe mit anderen Abgeordneten dieses Hauses ebenfalls vor der Tür gestanden.

Herr Kolan ruft auf, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Die Fraktionen des Kreistages stehen auf dem Boden des Grundgesetzes und kennen den Artikel 16a (1), wonach politisch Verfolgte Asylrecht genießen. Dazu bedarf es keiner weiteren Worte. Die SPD-Fraktion werde dieses Heim willkommen heißen.

Frau Tölpe erklärt, dass die Rednerliste geschlossen sei und Herrn Dr. Kuttner, der sich jetzt noch gemeldet habe, das Wort nicht mehr erteilt werden könne.

**Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung der Vorlage in den Gesundheits- und Sozialausschuss:
- bei 3 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt -**

**Abstimmung über die Vorlage: - bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2013/110**

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag ermächtigt den Landrat, Miet- und Betreiberverträge für ein Objekt des Technologie- und Berufsbildungszentrum (tbz) Königs Wusterhausen gGmbH abzuschließen, welches als Gemeinschaftsunterkunft genutzt werden soll, um die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu sichern.

**TOP 4.4 Petition der Gemeinde Heideblick gegen den Ausbau der Bahnstrecke
Berlin – Dresden für Tempo 200 km/h, Vorl.Nr. 2013/067**

Frau Tölpe weist darauf hin, dass mit Schreiben vom 15.10.2013 die Begründung des Landrates zur Beanstandung übersandt wurde.

Herr Selbitz begrüßt, dass der Landrat sehr ausführlich und detailliert aufgelistet habe, was in den letzten Tagen zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses getan wurde. Die Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 sehe dies als einen ersten Schritt in diesem Verfahren und unterstütze die Maßnahmen.

Die Fraktion werde der Beanstandung dennoch keine Zustimmung geben, weil die Begründung nicht schlüssig sei. Sie wurde im Konjunktiv formuliert. Es heiße dort *„Der mehrheitlich gefasste Beschluss dürfte meiner Ansicht nach gegen §§ ...“* Hier sei nicht die Rede davon, dass das wirklich die rechtliche Grundlage ist. Der mehrheitlich gefasste Beschluss sei aus Sicht der Fraktion nach § 131 usw. kein Verstoß gegen die Brandenburgische Kommunalverfassung und damit rechtskräftig.

Weiter werde im 3. Absatz ausgeführt *„Der vorgenannte Beschluss dürfte aber auch materiell rechtswidrig sein.“* Auch hier werde der Konjunktiv verwendet.

Der vorgenannte Beschluss ist aus Sicht der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 materiell nicht rechtswidrig und alle Abgeordneten, die sich im letzten Kreistag dem Ansinnen der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 angeschlossen hatten, werden aufgefordert, bei ihrer Meinung zu bleiben. Der Landrat werde aufgefordert, den Beschluss entsprechend umzusetzen.

Landrat Loge verweist darauf, dass nach den eingereichten Unterlagen die Tagesordnung in der letzten Kreistagssitzung nicht erweitert wurde. Unter dem Tagesordnungspunkt 4.11 (Petition der Gemeinde Heideblick ...) wurden weder die Mitglieder des Kreistages noch die Einwohner in die Lage versetzt, hierunter die Beteiligung des Landkreises als Träger öffentlicher Belange zu bewerten. Bei einer Klage Dritter wäre der Beschluss sowieso hinfällig.

Dass alles im Konjunktiv geschrieben wurde, sei der Tatsache geschuldet, dass er bisher keine Erfahrungen mit Abgeordnetenwidersprüchen habe. Beim nächsten Mal – so es notwendig wird – werde er den Text eindeutiger formulieren.

Als Kompromiss werde vorgeschlagen, einen Brief an den Verkehrsausschuss des Bundestages zu formulieren, in dem auf die Belange der betroffenen Gemeinden hingewiesen werde. Im Kreisausschuss wurde bereits vorgeschlagen, auch Abgeordnete in die Erarbeitung einzu beziehen. Die neue Bundestagsabgeordnete, Frau Schimke, könnte ebenfalls um Unterstützung gebeten werden.

Nach der letzten Kreistagssitzung habe er auch noch einmal ein Gespräch mit dem Verkehrsminister des Landes Brandenburg, Herrn Vogelsänger, geführt. Herr Vogelsänger habe versichert, dass die Gemeinden, die vom Ausbau dieser Bahnstrecke betroffen sind und statt eines

niveaugleichen Übergangs eine Brücke oder ein Tunnel installiert werden muss, den Eigenanteil zu 90 % gefördert bekommen. Alle jetzigen Verkehrshaltepunkte werden weiterhin aufrechterhalten.

Möglicherweise werden auch zahlreiche schnell fahrende Güterzüge die Strecke nach dem Ausbau nutzen. Das werde sich nicht verhindern lassen. Überregionaler Planungsträger sei hier aber der Bund in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, der die Strecke Stockholm – Istanbul über Golßen legt.

Herr Kolan erklärt, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage 2013/067 erneut zustimmen wird, auch ohne den Zusatz. Es sei einleuchtend, dass der Landkreis hier nicht zuständig sei. Dennoch sei der Fraktion die Brisanz der Thematik weiterhin bewusst und der Vorschlag werde begrüßt, den Verkehrsausschuss des Bundestages anzurufen, um einmal zu hinterfragen, wie sinnvoll der Ausbau dieser Bahnstrecke auf 200 km/h sei.

In diesem Schreiben sollte auf die Problematik und die Belange der betroffenen Gemeinden, die zerschnittenen Landschaften, die kaputten Siedlungsräume und die immense Geldvernichtung hingewiesen werden, die mit dem Ausbau der Strecke einhergehen.

Seitens der SPD-Fraktion habe Herr Laubisch bereits die Bereitschaft bekundet, sein Fachwissen bei der Erarbeitung des Schreibens einzubringen.

Überdies sei er gespannt, wann diese Strecke wirklich ausgebaut ist. Diverse Planfeststellungsverfahren im Landkreis Teltow-Fläming sollen wohl wegen zahlreicher Einwendungen ausgesetzt worden sein, so dass zu befürchten sei, dass es erst einmal nur sehr stockend weitergeht.

Frau Peter schließt sich diesen Ausführungen an. Auch wenn aus dem Verkehrsministerium des Bundes oder des Landes das Signal kommt, die Gemeinden werden unterstützt, sollte nicht aus den Augen verloren werden, dass es sich um Steuergelder handelt. Es müsse bewiesen werden, dass sie sinnvoll eingesetzt werden. Das sei zwingend notwendig und sollte auf jeden Fall in dem Brief an den Verkehrsausschuss mit berücksichtigt werden.

Herr Laubisch bittet, das Schreiben zeitnah zu erarbeiten, denn wie heute aus der Presse zu erfahren war, soll sich der neue Verkehrsausschuss des Bundestages mit der Fortschreibung des Verkehrswegeplanes beschäftigen. Der Brief müsse also schnellstmöglich dort vorliegen, wenn etwas erreicht werden soll. Ist der Verkehrswegeplan erst einmal beschlossen, könne nichts mehr geändert werden.

Er begrüße es auch, dass die Kommunen vom Land unterstützt werden sollen, gebe aber zu bedenken, dass die Kommune als Baulastträger von Gemeindestraßen bei einer Brücke für die Brückenprüfung zuständig ist. So eine Prüfung könne locker ab 25.000 Euro aufwärts kosten und sei alle zehn Jahre fällig. Die Gemeinde Heideblick habe drei Brücken und jeder könne sich ausrechnen, welche laufenden Kosten da auf die Gemeinde zukommen.

Bei Tunneln sei seinem Wissen nach die Bahn der Baulastträger und für die Prüfung der Tunneldecke zuständig.

Vielleicht sollte auch mit den Landkreisen Elbe-Elster und Teltow-Fläming Kontakt aufgenommen werden, um zu erkunden, ob sie der gleichen Meinung wie der Landkreis Dahme-Spreewald sind. Dann wäre es sinnvoll, sie an dem Brief zu beteiligen.

Von Elbe-Elster wisse er, dass die Kommunen dem Streckenausbau sehr kritisch gegenüberstehen, weil dort noch höhere Belastungen auf die Gemeinden zukommen.

Frau Peter erklärt, dass sich die Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 noch einmal kurz beraten habe. Die Fraktion habe ein Problem mit der Formulierung im ersten Beschlusspunkt „*Die Petition ... wird zurückgewiesen.*“

Landrat Loge erwidert, dass die Petition schon im letzten Kreistag zurückgewiesen werden sollte, weil die Zuständigkeit des Landkreises hier nicht gegeben sei. Der Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 habe nichts mit der Petition zu tun.

Zur weiteren Vorgehensweise werde vorgeschlagen, dass sich der Ausschuss für Bauen und Umwelt mit dem Entwurf des Briefes befasst. Dieser werde dann an alle Fraktionsvorsitzenden gesandt, um ggf. weitere Vorschläge einzubringen. Im kommenden Kreistag könnte dann eine Vorlage mit dem abschließenden Entwurf vorgelegt werden.

Die Verwaltung werde auch Rücksprache mit den Landkreisen Elbe-Elster und Teltow-Fläming nehmen.

Herr Zittlau war zugegen, als Vertreter der DB Projektbau in Pitschen-Pickel waren, wo ein niveaugleicher Bahnübergang durch ein Brückenbauwerk ersetzt werden soll. Die Vertreter haben ausgeführt, dass weder ein Regionalzug noch ein Güterzug auf dieser Strecke 200 km/h fahren werden. Es gehe um zehn Paar Züge, die dann 200 km/h fahren sollen. Insofern sei es wirklich fraglich, ob es sinnvoll sei, hier Millionen an Steuergeldern auszugeben. Außerdem sei in Heideblick noch unklar, ob wirklich 90 % des Eigenanteils gefördert werden.

Seinem Wissen nach sollen auch im Nachbaramt im Landkreis Elbe-Elster Petitionen auf den Weg gebracht werden, um den Ausbau der Strecke noch zu verhindern bzw. zu erreichen, dass sich das Bundesverkehrsministerium noch einmal grundsätzlich Gedanken dazu macht.

Herr Dr. Kuttner kann alles, was seine Vorredner gesagt haben, nachvollziehen. Auch der CDU-Fraktion sei die Brisanz der Thematik bewusst und die Fraktion stehe inhaltlich voll hinter den Gemeinden und den Bürgerinnen und Bürgern. Die Petition solle auf keinen Fall vom Tisch gewischt werden, jedoch müsse den rein bürokratischen Wegen gefolgt werden.

Die CDU-Fraktion werde den kurzen Draht zur Bundestagsabgeordneten Frau Schimke nutzen und um Unterstützung bitten.

Auf Grund der Beanstandung des Landrates und der jetzt geführten Diskussion zieht **Herr Selbitz** den Ergänzungsantrag namens der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 zurück. Die Fraktion unterstützt den Vorschlag des Landrates. Herr Donath wäre ebenfalls bereit, am Briefentwurf mitzuarbeiten.

Frau Tölpe fasst zusammen, dass der Kreistag die Beanstandung des Landrates akzeptiert und ruft zur nochmaligen Abstimmung über die Vorlage Nr. 2013/067 ohne den im letzten Kreistag beschlossenen dritten Beschlusspunkt auf.

**Abstimmung: - bei 6 Stimmenthaltungen einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2013/067**

Der Kreistag beschließt:

- 1. Die Petition der Gemeinde Heideblick gegen den Ausbau der Bahnstrecke Berlin – Dresden für Tempo 200 km/h wird wegen der fehlenden Zuständigkeit des Landkreises Dahme-Spreewald zurückgewiesen.**
- 2. Die Vorsitzende des Kreistages wird beauftragt, den Petenten in geeigneter Form von der Entscheidung des Kreistages zu unterrichten.**

Frau Tölpe erklärt, dass den Abgeordneten, die angezeigt hatten, den Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes in gedruckter Form haben zu wollen, dieser heute auf den Tisch gelegt wurde. Für alle anderen Abgeordneten stehe der Prüfbericht im Sitzungsdienstprogramm zur Verfügung.

Die Vorlage soll heute zunächst in den Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit verwiesen werden.

**Abstimmung über die Verweisung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2013/106**

Der Kreistag beschließt die Verweisung der Vorlage in den Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Pause von 18:00 Uhr bis 18:30 Uhr

TOP 5. Anträge von Fraktionen, Ausschüssen oder Mitgliedern des Kreistages

**TOP 5.1 Schreiben an Frau Ministerin Tack zur Unterschutzstellung der Rieselfelder Ragow – Deutsch Wusterhausen und Boddinsfelde,
Vorl.Nr. 2013/081**

Frau Tölpe weist darauf hin, dass es sich hierbei um einen Antrag von mehreren Abgeordneten des Ausschusses für Bauen und Umwelt handelt.

Herr Terno ist grundsätzlich skeptisch, wenn irgendetwas geschützt werden soll. So, wie die Population des Wachtelkönigs heute vorgefunden werde, habe sie sich in den letzten hundert Jahren entwickelt. Und das könne nicht so schlecht gelaufen sein. Vor wem soll der Wachtelkönig also geschützt werden?

Außerdem empfehle er, sich im letzten Absatz des Schreibens an die Ministerin auf Windkraftanlagen und Solarparks zu beschränken und die Kurzumtriebsplantagen sowie die Landwirtschaft zu streichen. In einer heutigen Veranstaltung in Lübbenau, in der es um die positive Wirkung von Kurzumtriebsplantagen auf die Biodiversität ging, kam zum Ausdruck, dass den Tieren nicht mehr Schutz geboten werden könne als Kurzumtriebsplantagen anzulegen. Kurzumtriebsplantagen in Pappelaufforstung werden z. B. nur alle vier Jahre außerhalb der Brutzeit im Winter geerntet.

Herr Donath merkt an, dass es hier ausdrücklich um den vom Aussterben bedrohten Wachtelkönig geht. Und der lebe nicht auf Kurzumtriebsplantagen und landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen.

Im früheren Kreis Luckau gab es den Wachtelkönig auch einmal, zuletzt war er 1978 zu sehen. Da gebe es schon einen deutlichen Zusammenhang mit der Intensivierung der Landwirtschaft.

Nicht umsonst fordern Ökologen, dass mindestens 10 % der Flächen von intensiver Nutzung freigelassen werden. Das wurde nicht so einfach am grünen Tisch ausgedacht, sondern das seien Ergebnisse jahrzehntelanger Recherchen. Insofern könne der Brief nur begrüßt werden.

Herr Linke schließt sich diesen Ausführungen an. Durch eine weltweit sehr intensiv betriebene Landwirtschaft nehme die Vielfalt der Pflanzen erheblich ab, was dazu befrage, dass Tierarten in gewissen Bereichen nicht mehr leben können oder in ihrer Population stark zurückgedrängt werden.

Die Unterschutzstellung regelt den Vorrang vor anderen Nutzungen. Die Ausweisung der ehemaligen Rieselfeldflächen als Naturschutzgebiet sei die einzig mögliche Alternative, den Wachtelkönig und weitere geschützte Arten dauerhaft zu sichern. Die Windenergie werde sich erledigen, weil sich das Gebiet in Reichweite einer Funkmessstation befindet.

Überdies habe er in der letzten Aufsichtsratssitzung der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH vorgeschlagen, im zuständigen Gremium vorzutragen, die Rieselfelder nicht direkt, aber indirekt zu nutzen, um Phosphat aus Abwasser oder Klärschlamm zurückzugewinnen. Phosphor entwickle sich immer mehr zum Mangelrohstoff und die Weltmarktpreise steigen ständig. Zudem würde es einen Frischwasserschub geben, wenn im Bereich des Zülowkanals eine gewisse Menge von gereinigtem Abwasser über den Notte-Kanal in die Seen eingeleitet werden könnte. Dieses werde dringend gebraucht, weil der Kanal besonders im Sommer so gut wie stillsteht.

Der Vorschlag wurde aufgegriffen und der Geschäftsführer entsprechend beauftragt. Damit könnte es endlich einmal eine Maßnahme der Energieregion im Norden des Landkreises Dahme-Spreewald geben.

Herr Kolan erklärt, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Das Schreiben wurde in einem Ausschuss des Kreistages entwickelt und die betreffenden Gemeinden befürworten es ebenfalls.

Überdies sei es eine Tatsache, dass der Wachtelkönig gefährdet ist. Das werde ja nicht so lapidar irgendwo hingeschrieben. Wenn ein Eintrag in der Roten Liste der bedrohten Arten nicht ausreicht, diesen Vogel unter Schutz zu stellen, dann frage er sich, was denn überhaupt ausreichen soll.

Herr Krause führt aus, dass die Stadtverordneten von Mittenwalde schon damals die Entscheidung nicht nachvollziehen konnten, Flächen aus dem Landschaftsschutzgebiet auszugliedern. Es sei bedauerlich, dass eine Aushebelung über ein Normenkontrollverfahren möglich ist.

Mit Herrn Linke hatte er sich seinerzeit auch die Situation vor Ort angeschaut. Es war ja damals schon Landschaftsschutzgebiet. Die Stadtgüter hatten eigenmächtig mit der Anlage von Kurzumtriebsplantagen begonnen und es wurde nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen, dass sie das zu lassen haben. Letztendlich wurde es geduldet. Es könne nicht sein, sich wegen eines Verfahrensfehlers drangsalieren zu lassen – seinem Wissen nach habe es einen Tag zu wenig ausgelegen – und der Kreistag heute schauen muss, wie alles wieder hinzubekommen sei.

Herr Knuth kennt dieses Gebiet ebenfalls und bittet, dem Beschlussentwurf im Interesse von Artenvielfalt und Rückzugsgebieten für Tiere zuzustimmen.

Herr Dr. Pfannenschwarz wendet sich in diesem Zusammenhang ganz entschieden gegen die kapitalistischen Einflüsse, die hier vorherrschen. In Dolgenbrodt werde beispielsweise ein Feld mit 31 ha seit drei Jahren jedes Jahr mit Mais bepflanzt, nur um Kraftstoff daraus zu gewinnen. Es werde keine Rücksicht auf die Tiere genommen. Das sei eine Erscheinung, gegen die sich zur Wehr gesetzt werden sollte.

**Abstimmung: - bei 3 Gegenstimmen und 2 Stimmenhaltungen mehrheitlich bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2013/081**

Der Kreistag beschließt:

Das beiliegende Schreiben soll an das Ministerium für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zur Unterschützstellung der Rieselfelder Ragow, Deutsch Wusterhausen und Boddinsfelde als Naturschutzgebiet weitergeleitet werden.

Die Vorsitzende des Kreistages wird beauftragt, beiliegendes Schreiben zeitnah an das Ministerium weiterzuleiten.

TOP 5.2 Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 zur zukünftigen Darstellung des Landkreises Dahme-Spreewald als demenzfreundlicher Landkreis, Vorl.Nr. 2013/092

Frau Tölpe informiert, dass ein Änderungsantrag der einreichenden Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 zum Beschlusstext vorliegt. Dieser laute *„Der Kreistag beschließt, dass sich der Gesundheits- und Sozialausschuss des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald mit den besonderen Herausforderungen im Rahmen der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren und einer möglichen Darstellung des Landkreises als demenzfreundlicher Landkreis in seiner nächsten Sitzung befasst.“*

Abstimmung über die Vorlage mit dem geänderten Beschlusstext:
- bei 2 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt -
Beschl.Nr. KT 2013/092

Der Kreistag beschließt, dass sich der Gesundheits- und Sozialausschuss des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald mit den besonderen Herausforderungen im Rahmen der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren und einer möglichen Darstellung des Landkreises als demenzfreundlicher Landkreis in seiner nächsten Sitzung befasst.

TOP 6. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

Es liegen keine Dringlichkeitsvorlagen/-anträge vor.

TOP 7. Informationsvorlagen

TOP 7.1 Bericht über die Überörtliche Prüfung der Gebühreneinnahmen für Amtshandlungen im Bereich der Fleischhygiene im Landkreis Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2013/100

Es besteht kein Redebedarf. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7.2 Prüfvermerk des Kommunalen Prüfungsamtes des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg zur überörtlichen Prüfung des Rettungswesens im Landkreis Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2013/095

Herr Haverlandt bezieht sich auf die Formulierungen *„Bei der Erstellung von Leistungsverzeichnissen ist darauf zu achten, dass die Angebotsbeschreibung soweit wie möglich produkt- und bieterneutral erfolgt. Die Beschreibung technischer Merkmale darf nicht die Wirkung haben, dass bestimmte Unternehmen oder Erzeugnisse bevorzugt oder ausgeschlossen werden.“* sowie *„Das KPA empfiehlt, die Durchführung von Fahrsicherheitstrainings für das Fahrpersonal im Rettungsdienst zu prüfen und sich nicht allein auf Sicherheitsmerkmale bei der Beschaffung von Fahrzeugen zu beschränken.“* auf Seite 17 des Berichtes und möchte wissen, ob sich diesbezüglich schon etwas getan habe.

Frau Schragger antwortet, dass das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises die Auswertungsgespräche begleitet habe. In den Fachämtern werde daran gearbeitet, die Hinweise umzusetzen und zu optimieren.

Landrat Loge geht davon aus, dass das Rechnungsprüfungsamt die Umsetzung im Auge behält.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 7.3 Beiträge zur Kreisentwicklung Nr. 15
Statistische Daten des Landkreises Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2013/102

Frau Uhlworm ist aufgefallen, dass bei den statistischen Daten zur Bevölkerung bis auf die Altersaufbaupyramide die Angaben nicht nach Gender-Mainstreaming aufbereitet wurden. Gerade bei älteren Menschen sei es wichtig zu wissen, ob es sich um Männer oder Frauen handelt. Ältere Männer haben andere Bedürfnisse als ältere Frauen, was in den Pflegeeinrichtungen durchaus berücksichtigt werden müsse. Insofern sei zu fragen, ob diese Angaben nicht zu recherchieren waren – wenn nicht, warum nicht – und ob es geplant sei, in Zukunft mehr auf eine geschlechtergerechte Statistik zu achten.

Frau Tölpe betont, dass Gender-Mainstreaming unbestritten wichtig sei, aber hier wurde in fleißiger Arbeit Zahlenmaterial zusammengetragen, das der Kreistag in dieser Fülle nicht so oft präsentiert bekommt. Dem zuständigen Amt gelte ein Dank.

Herr Schragger erklärt, dass Grundlage des Berichts die Daten des Landesamtes für Bauen und Verkehr, Dezernat Raumbearbeitung, ergänzt bzw. aktualisiert u. a. mit Daten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, den Arbeitsmarktreporten der Bundesagentur für Arbeit und des Gesundheitsberichtes des Landkreises Dahme-Spreewald sind. Es sei sehr arbeitsintensiv, alles zusammenzutragen. Eine Kollegin sei eine ganze Woche damit beschäftigt. Wenn jetzt noch entsprechend Gender-Mainstreaming Korrektur gelesen werden soll, würde das den zeitlichen Rahmen sprengen und zu Lasten der Aktualität gehen. Deshalb habe er sich mit der Gleichstellungsbeauftragten abgestimmt, die Formulierungen unverändert zu übernehmen.

Es sei beabsichtigt, in der kommenden Woche die neueste überarbeitete Fassung in das Internet einzustellen.

Herr Linke empfiehlt, sich unbedingt mit der Broschüre zu befassen. So geballt habe er in letzter Zeit keine Daten zusammengefasst gesehen.

Er habe die Broschüre aus Zeitgründen nur kurz überlesen können und dabei festgestellt, dass der Landkreis im Primärsektor der Wirtschaft nicht gerade sonderlich gut aufgestellt sei. Das könne aus der Einkommenssituation abgeleitet werden. Insofern sehe er da mit den begrenzten Mitteln eines Landkreises noch Nachholbedarf für die nächste Wahlperiode.

Er würde es auch begrüßen, wenn in der neuesten Fassung ableitbar wäre, wie hoch der Anteil Sektor Primärproduktion gemessen an anderen Landkreisen sei. Der Dienstleistungssektor, von dem der Landkreis hauptsächlich lebe, sei ein relativ schlecht bezahlter Sektor.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 8. Verschiedenes

Asylrecht

Herr Thalheim bezieht sich auf den Hinweis von Herrn Kolan auf Artikel 16a (1) des Grundgesetzes unter Tagesordnungspunkt 4.3 und verweist dazu auf Artikel (2) „*Auf Absatz (1) kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über sichergestellt ist.*“

Asylsuchende können in dem Land der Europäischen Union Asyl beantragen, in das sie zuerst einreisen. Reisen sie über ein sogenanntes „sicheres Drittland“ ein, sei eine Beantragung von Asyl ohnehin nicht möglich.

Herr Kolan erwidert, dass ihm auch die anderen Absätze des Grundgesetzes bekannt sind. Er frage sich jedoch, woher Herr Thalheim genau wisse, wo die Asylbewerber herkommen werden und ob sie über ein Drittland einreisen. Er habe lediglich gesagt, dass politisch Verfolgte in Deutschland Asyl genießen. Und dazu gebe es ein Verfahren zur Prüfung des Asylbegehrens. In der Zwischenzeit müssen die Leute aber irgendwo unterbracht werden.

Für **Herrn Dr. Pfannenschwarz** liegt das Grundproblem darin, dass durch die kriegerischen Ereignisse und vieles mehr in dieser Welt mehr Menschen in unser Land kommen. Und denen müsse geholfen werden.

In der Zeit des Hitlerfaschismus war es z. B. sehr wichtig, dass in Paris oder London für die Asylanten gesorgt wurde. Viele hätten sonst nicht überleben können. Das sollte nicht außer Acht gelassen werden und es sollte die Bereitschaft gezeigt werden, Asylsuchenden zu helfen.

Frau Tölpe mahnt an, jetzt keine Redebeiträge nachzuholen, die in anderen Tagesordnungspunkten eventuell nicht gehalten werden konnten.

Herr Haverlandt stellt klar, dass auch die NPD dafür sei, dass die wirklich politisch Verfolgten für die Zeit der Verfolgung in Deutschland bleiben dürfen. Es sollte aber dafür gesorgt werden – und hier vor allem der Appell an die Abgeordneten, deren Parteien im Deutschen Bundestag vertreten sind - dass keine durch Deutschland unterstützten Kriegseinsätze überhaupt erst Krisenherde schaffen. Dann wäre das Problem bei weitem geringer.

Herr Knuffke betont ebenfalls, dass die NPD befürwortet, dass wirklich politisch Verfolgte in Deutschland unterkommen und Kriegsflüchtlinge temporär untergebracht werden. Das stehe auch so im Parteiprogramm.

Die NPD sei allerdings dagegen, dass das Asylrecht missbraucht werde. Und zu 80 % werde es missbraucht. Wenn Personen aus der Europäischen Union Anträge stellen, sollte sofort klar sein, dass dies nicht sein könne. Die Anträge dürften nicht einmal zur Prüfung zugelassen werden.

Schreiben an Frau Ministerin Tack – Unterschutzstellung Rieselfeldflächen

Herr Knuth bezieht sich noch einmal auf den Tagesordnungspunkt 5.1 und bittet, im letzten Satz des ersten Absatzes des Schreibens an Frau Ministerin Tack auch Mittenwalde aufzuführen. Der Satz würde dann lauten: „*Dabei handelt es sich um die Rieselfelder Ragow – Deutsch Wusterhausen, **Mittenwalde** und Boddinsfelde.*“

Frau Tölpe geht davon aus, dass eine Einarbeitung möglich sei. Eine gesonderte Abstimmung gebe es dazu nicht.

Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Kreistagssitzung um 19:05 Uhr mit Tagesordnungspunkt 9 fortgesetzt.